

Redmail

SPD Hameln-Pyrmont

Ausgabe 03/2006 ■ 05. April 2006



Gabriele Lösekrug-Möller

Von der Lust an der Schwarzmalerei zur Zuversicht in die Zukunft

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

nein, klein sind die Erwartungen in die große Koalition sicher nicht. Den großen Erwartungen muss in der Tat auch große Verantwortung der Regierung und den Koalitionsfraktionen entsprechen.

Nein, einfach ist es auch nicht in der großen Koalition. Gilt es doch, die Koalitionsvereinbarung, die deutlich sozialdemokratische Handschrift trägt, Stück für Stück umzusetzen. Sorgfältige Arbeit wird erwartet und muss abgeliefert werden.

In dieser Redmail könnt ihr den ersten Teil der Haushaltsrede unseres Finanzministers Peer Steinbrück nachlesen. Sie ist mehr als hörensenswert. Er hat sie zu recht mit dem Titel „Wege in die Realität“ überschrieben.

Im Blick auf das beginnende Frühjahr und die kommende Osterzeit wünsche ich euch Freude an der Jahreszeit, Zuversicht in die Zukunft und persönlich alles Gute.

Mit den besten Grüßen
Eure

Gabriele Lösekrug-Möller

Inhalt

Aus dem Unterbezirk

- Bürgermeisterkandidatin für Bad Pyrmont
- Bayrischer Abend mit Ludwig Stiegler

Aus Hannover

- Privatisierung der Abwasserversorgung

Aus Berlin

- Bundeshaushalt 2006
- Haushaltsrede des Bundesfinanzministers
- Mindestlöhne

Termine

Aus dem Unterbezirk

Elke Christina Roeder – Bürgermeisterin für Bad Pyrmont

Information des Ortsvereins Bad Pyrmont

Seit letztem Freitag ist es amtlich; im Rahmen einer Mitgliederversammlung wurde einstimmig die Bürgermeisterkandidatin des SPD-Ortsvereins Bad Pyrmont gewählt.

Die 39-jährige Juristin und Bankkauffrau Elke Christina Roeder wurde bereits am Mittwoch mit einem einstimmigen Votum in Fraktion und Ortsverein bestätigt. Die offizielle Nominierungskonferenz wird im Mai stattfinden.

In ihrer Vorstellung betonte die derzeitige Hannoveranerin: „Ich möchte meine Berufserfahrungen aus Unternehmensberatung und auf Managementebene einbringen, um die Möglichkeiten und Entwicklungschancen von Bad Pyrmont gemeinsam mit allen Beteiligten optimal zu nutzen.“

Ortsvereinsvorsitzender Ulrich Watermann zeigt sich sehr zufrieden: „Mit Frau Roeder haben wir eine Kandidatin gewinnen können, die alle Voraussetzungen mitbringt das Bürgermeisteramt in Bad Pyrmont optimal auszufüllen.“

In den nächsten Wochen wird Elke Christina Roeder viele Gespräche mit Bürgern suchen und auch mit der heimischen Wirtschaft in Kontakt treten. Auch wird eine Bürgerstunde in den Räumen der SPD in der Luisenstraße eingerichtet werden.

Wer mehr über Elke Christine Roeder erfahren möchte, kann sich In Kürze auch umfassend auf der Internetseite

www.elke-christina-roeder.de

informieren.

Bayrischer Abend mit Ludwig Stiegler

Veranstaltung der Unterbezirke Holzminden und Hameln-Pyrmont

Unter dem Motto „Unsere Kommunen. Hier fängt die Zukunft an!“ nimmt das Mitglied des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Chef der Bayern SPD, Ludwig Stiegler, an einer gemeinsamen Veranstaltung der SPD-Unterbezirke Holzminden und Hameln-Pyrmont teil.

Zum dritten Mal konnten die Unterbezirke im Rahmen ihrer Dialogoffensive einen bundespolitischen Prominenten gewinnen.

Die Veranstaltung findet statt

am Samstag, dem 6. Mai 2006

um 18.00 Uhr

im Ausflugsgasthaus Mittendorf, Buchhagen 2
in Bodenwerder/Buchhagen.

Eine gesonderte Einladung erfolgt vor Ostern. Bitte erscheint zahlreich.

Aus Hannover

Bei Privatisierung müssen die Bürger die Zeche bezahlen!

Expertenanhörung bestätigt breite Ablehnung zur Privatisierung der Abwasserentsorgung Pressemitteilung von Volker Brockmann, MdL

Die SPD sieht sich in ihrer Ablehnung der Pläne der Landesregierung zur Privatisierung der Abwasserentsorgung von Experten bestätigt. Bei einer kürzlich durchgeführten Anhörung im Umweltausschuss des Landtages äußerten fast alle Sachverständigen massive Vorbehalte gegen die Pläne von Umweltminister Sander (FDP). Lediglich Vertreter der Unternehmen, die als Käufer von Kläranlagen und Kanalnetzen in Frage kommen, sprachen sich für die Pläne aus.

„Die Erfahrungen aus dem In- und Ausland zeigen: Wo die Abwasserbeseitigung privatisiert wird, steigen die Gebühren und sinken die Qualitätsstandards“, sagte das Mitglied des Umweltausschusses Volker Brockmann. Für Städte und Gemeinden reiche das derzeitige Instrumentarium aus.

„Wir haben heute schon eine breite Palette von Organisationsformen – von Betreibermodellen bis hin zu Zweckverbandslösungen“, so Brockmann. „Die Kommunalen Spitzenverbände haben einmal mehr deutlich gemacht, dass sie die Privatisierungspläne des Umweltministers strikt ablehnen!“

Brockmann verwies darauf, dass die Abwassergebühren in ganz Niedersachsen unter die Mehrwertsteuer fallen würden, wenn nur eine einzige Kommune ihre Abwasserentsorgung privatisiere. „Das würde dann im nächsten Jahr für alle Bürger um 19% höhere Abwassergebühren bedeuten.“

„Der Umweltminister hat hier einmal mehr einen deutlichen Dämpfer bekommen! Er sollte die Kritik der Sachverständigen beherzigen und seine Privatisierungspläne schnellstens im Papierkorb verschwinden lassen“, so das Fazit von Volker Brockmann.

Aus Berlin

Bundeshaushalt 2006 – Konsolidieren und Wachstum fördern Informationen aus der SPD-Bundestagsfraktion

Mit dem in 1. Lesung eingebrachten Bundeshaushalt 2006, der Finanzplanung 2005 bis 2009 und dem begleitenden Maßnahmenbündel wird eine Kombination von Konjunktur- und Wachstumsstärkung und Konsolidierung der öffentlichen Finanzen vollzogen. Die Große Koalition verbindet die notwendige Konsolidierungspolitik mit Maßnahmen, die die konjunkturelle Entwicklung des laufenden Jahres fördern, und mit Maßnahmen, die die Wachstumsdynamik erhöhen - wie Investitionen in Forschung und Bildung und in die Infrastruktur.

Der Entwurf des Bundeshaushalts wurde an der derzeitigen wirtschaftlichen Situation in Deutschland ausgerichtet. Dazu gehört, dass im Haushalt 2006 weitergehende Konsolidierungsmaßnahmen, die mit zusätzlichem Kaufkraftverlust verbunden sind und damit der konjunkturellen Aufhellung schaden würden, unterlassen werden. Aber mit dem Haushaltsentwurf wird trotzdem Ausgabendisziplin gewahrt. Mit einer Steigerung der Gesamtausgaben 2006 gegenüber dem Ist 2005 von nur 0,7 Prozent sind die Ansätze im Haushalt sehr gedrosselt – so wie es die aktuelle ökonomische Lage gerade noch zulässt.

Blick auf Haushalt 2007

Der konjunkturunterstützende Bundeshaushalt 2006 verschafft den nötigen Rückenwind, den wir brauchen, um 2007 die beiden zentralen haushaltspolitischen Ziele der Bundesregierung zu erreichen, nämlich die Einhaltung der Regelgrenze des Art. 115 des Grundgesetzes für die jährliche Neuverschuldung des Bundes und die Einhaltung des Defizitkriteriums des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Kreditaufnahme begrenzen

Mit dem Bundeshaushalt 2006 hat die Regierungskoalition eine komplizierte Dreifach-Aufgabe zu bewältigen: Die Stärkung der Binnenkonjunktur mit der Finanzierung der Zukunftsaufgaben und einer glaubwürdigen Haushaltskonsolidierung verbinden - und zwar alles gleichzeitig. Der Weg, die Kreditaufnahme des Bundes dauerhaft zu begrenzen, wird bereits beschritten:

- mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2006, das auch in dieser Woche gelesen wird, und der darin vorgesehenen Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte,
- mit dem seit Dezember bereits realisiertem Abbau von nicht mehr gerechtfertigten Steuervergünstigungen und Steuergestaltungsmöglichkeiten,
- mit dem, was auf diesem Sektor bereits angekündigt ist und das demnächst in den Gesetzgebungsprozess gelangen wird,
- und mit dem Bundeshaushalt 2007, der Anfang Juli vom Bundeskabinett beschlossen wird.

Ausgangslage

Der Bundeshaushalt ist geprägt von hohen Sozialausgaben, insbesondere wegen der Leistungen an die Rentenversicherung und der hohen Arbeitsmarktausgaben. Zusammen mit den Zinsausgaben und den Personalausgaben finanziert der Bund damit bereits etwa zu drei Vierteln ausschließlich konsumtive Ausgaben (Mittel, die nicht in Investitionen fließen). Ohne ein höheres Wirtschaftswachstum kann weder die viel zu hohe Arbeitslosigkeit abgebaut, noch können die sozialen Sicherungssysteme finanziell stabilisiert werden. Beides ist wiederum unabdingbar für die Gesundung der öffentlichen Haushalte. Deshalb wird auch mit gezielten Investitionen des Bundes das wirt-

schaftliches Wachstum unterstützt. Die zusätzlichen Investitionen in das Bildungs- und Forschungswesen ebenso wie in die Infrastruktur belegen, dass auch im Rahmen strikter Konsolidierung gestaltende Politik möglich ist.

Die Eckdaten des Bundeshaushalts

Der Haushaltsetat sieht in diesem Jahr Ausgaben in Höhe von 261,7 Milliarden Euro vor. Die Investitionen erhöhen sich trotz des moderaten Ausgabenkurses auf über 23 Milliarden Euro jährlich. Die Nettokreditaufnahme 2006 wird mit 38,3 Milliarden Euro eingeplant. 2007 wird sie auf 22 Milliarden Euro und dann bis 2009 auf 20 Milliarden Euro reduziert. Die Nettokreditaufnahme soll damit ab 2007 wieder niedriger sein als die Investitionsausgaben und damit unter der verfassungsrechtlichen Regelgrenze liegen. Das gesamtstaatliche Defizit wird in 2006 aus heutiger Sicht bei 3,3 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) verbleiben. Im Jahr 2007 soll es dann auf 2,5 Prozent sinken. In den Folgejahren ist geplant, die Defizitquote weiter um einen halben Prozentpunkt jährlich abzubauen.

Die mittelfristige Finanzplanung bis 2009 ist geprägt von sehr moderaten Ausgabensteigerungen. Gleichzeitig ist ein hohes Investitionsniveau von rund 23 Milliarden Euro jährlich vorgesehen. Hinzu kommen neben der Erhöhung von Mehrwertsteuer und Versicherungssteuer gezielte Einsparungen etwa bei Subventionen und Steuervergünstigungen und in der öffentlichen Verwaltung. Damit wird die strukturelle Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben im Bundeshaushalt in den nächsten Jahren erheblich verkleinert. Bezogen auf die gesamte Legislaturperiode sind die Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes mit einem Volumen von rund 80 Milliarden Euro beachtlich:

- Ausgabenkürzungen im Umfang von 32 Milliarden Euro
- Abbau von Steuervergünstigungen mit rund 19 Milliarden Euro
- Steuermehreinnahmen in Höhe von 28 Milliarden Euro.

"Wege in die Realität"

Rede des Bundesministers der Finanzen Peer Steinbrück
anlässlich der 1. Lesung des Bundeshaushaltes 2006 am 28.
März 2006 im Deutschen Bundestag, Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Präsident,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Einleitung/Ausgangslage

Auch der modernen Politik kann es manchmal nicht schaden, bei den alten Griechen nachzuschlagen. Kein Geringer als der Philosoph Sokrates lehrt uns, dass Selbsterkenntnis dem Menschen das meiste Gute gibt, die Selbsttäuschung aber das meiste Übel.

Bevor wir heute und in den nächsten Tagen in die finanzpolitische Debatte eintreten, möchte ich dafür plädieren, Wege in die Realität zu suchen. Das bedeutet, dass die Regierung nichts beschönigt. Das bedeutet nicht weniger, dass die Opposition nichts über- oder verzeichnet.

Maßlosigkeit im Urteil führt uns ebenso wenig weiter wie künstliche Aufgeregtheit oder eilfertige Empörung auf dem Resonanzboden der schnellen Nachrichtenverwertung. Die Politik soll die Menschen aufklären, sie aber nicht verunsichern.

Es geht mir darum. Die Realität anzuerkennen. Das ist weit mehr als eine Änderung des politischen Stils. Es ist eine Vorgehensweise, die sich von Rechthaberei, einem pathetischen Verbesserungsanspruch, der Überbetonung von Risiken gegenüber Chancen, dem schrecklichen Lamento und auch dem flamboyanten Auftritt von Globalisierungseliten und deren Knappen unterscheidet.

Nur wenn wir wissen wo wir stehen, wo unser Land wirtschaftlich steht, können wir glaubhaft über den Kurs der Finanzpolitik ringen.

Ich habe bereits in meiner ersten Rede vor dem Hohen Hause darauf hingewiesen, dass eine Standortbestimmung auch deshalb unerlässlich ist, damit das Vertrauen der Menschen in das Potential unseres Landes und in die Politik wieder wächst.

Denn neben strukturellen Problemen oder Modernisierungsdefiziten – die unbestritten sind - haben wir es offensichtlich mit einem mangelnden Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zu tun, das sich ökonomisch nicht zuletzt in der nach wie vor schwachen Binnennachfrage und einer hohen Sparneigung ausdrückt.

Verloren gegangenes Vertrauen gewinnen wir nur zurück, wenn wir den Menschen ohne Umschweife die Realität so beschreiben, wie sie ist. Wir dürfen ihnen keine raschen Lösungen versprechen, wenn es sie gar nicht gibt. Aber wir müssen Wege aufzeigen – auch wenn sie steinig sind –, die in Richtung Zukunft führen.

Wo also steht unser Land wirtschaftlich?

Zunächst einmal hat sich in den letzten Jahren viel mehr verändert als wir offenbar wahrzunehmen fähig oder bereit sind.

Der Journalist Thomas Hanke beschreibt dies in seinem Buch „Der neue Kapitalismus – Republik im Wandel“ umfänglich. Auf einem Nenner Die alte Deutschland AG löst sich auf, der Korporatismus nimmt ab. Der Staat weicht zurück, der Markt rückt vor. Es gibt eine stille Revolution in allen Betrieben.

Wir sind wir viel mutiger als wir denken: Seit Beginn dieses Jahrtausends haben wir erhebliche Anpassungen vollzogen. Wir verändern unsere Sozialsysteme unter dem demographischen Druck, die Tarifverträge enthalten hunderte von Ausnahmeklauseln, wir verbessern die Bedingungen für

unternehmerisches Handeln und wir investieren erhebliche Summen in Familienförderung, in Bildung, Forschung und Technologieförderung, also in die Zukunft unseres Landes. Eine andere berechnete Frage ist, ob das ausreichend ist und vor allem ob diese Mittel effizient eingesetzt werden.

Was wir machen, ist bei Leibe kein bequemes Wellnessprogramm, sondern ein hartes Krafttraining für den Standort Deutschland.

Dass es noch nicht abgeschlossen ist, ist uns allen klar, aber es zeigt Wirkungen. Es ist nicht alles schlecht in Deutschland. Es gibt sogar echte internationale Spitzenpositionen:

- Wir haben heute eine Steuerquote von nur noch gut 20 Prozent des BIP. Eine andere Frage ist, ob wir ein zu kompliziertes Steuerrecht haben und in dem einen oder anderen Besteuerungssystem Wettbewerbsnachteile haben.
- Wir haben uns bei den Lohnstückkosten im Vergleich zu den 15 Kernländern der EU in den letzten Jahren um rund 8 Prozent verbessert! Das ist das Ergebnis eines robusten Wachstums der Produktivität und bemerkenswert moderaten Lohnabschlüssen, die sich umgekehrt in einer mindestens stagnierenden Kaufkraft der abhängig Beschäftigten wieder findet.
- Unsere Staatsquote ist mit rund 46 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit 15 Jahren – trotz der Kosten der Wiedervereinigung, die wir zur Vollendung der Einheit unseres Landes gerne leisten.
- Mit einem Anteil von 50 Prozent der kombinierten Exporte und Importe ist Deutschland die Lokomotive des inhereuropäischen Handels.
- Deutschland wird immer stärker Drehscheibe für die sich rasant entwickelnden Märkte Mittel- und Osteuropas. Mit fast 130 Milliarden Euro lag unser Handelsvolumen mit den EU-Beitrittsstaaten 2005 bereits deutlich höher als der Austausch mit den USA.
- Wir schreiben mit der Einführung einer staatlich unterstützen Eigenvorsorge für das Alter - der sog. Riesterrente – in Ergänzung zur umlagefinanzierten Rente eine Erfolgsgeschichte. 5,5 Millionen Verträge – und nur die Versicherungswirtschaft redet davon und freut sich.

Diese Nachrichten werden anerkannt und honoriert – allerdings fast ausschließlich im Ausland. Erst kürzlich konnte ich mich in New York von der Neugier amerikanischer Investoren am Standort Deutschland überzeugen. Was ich dort zu hören bekam, waren keine aufgesetzten Nettigkeiten für einen Gast aus Deutschland, sondern harte Fakten: Bis heute haben sich 2.000 amerikanische Unternehmen mit 110 Mrd. Euro Investitionssumme und 850.000 Arbeitsplätzen für Deutschland als Standort entschieden. Der Großen Koalition wird viel zugetraut.

Genauso groß wie die Aufgeschlossenheit amerikanischer Investoren ist aber auch ihr Erstaunen darüber, wie negativ wir Deutschen selbst über den Standort Deutschland diskutieren. Da wird man als Finanzminister gefragt: „Wie kommt es, dass sich bei Euch das Klagen über Deutschland in den letzten Jahren zu einem Volkssport entwickelt hat, der beliebter ist als Fußball?“

Johannes Rau war es, der den Mangel an Zukunftsvertrauen in unserer Gesellschaft nicht nur anprangerte, sondern auch die Ursachen nannte: die fatale Lust an eben dieser Schwarzmalerei, die die Entfremdung der Bürger von Staat und Politik noch befördere, aber auch die Anspruchsmentalität nicht zuletzt in Teilen der gesellschaftlichen Eliten.

Die Lage der öffentlichen Finanzen ist ernst – da gibt es kein Vertun:

Rund 20 Prozent der Ausgaben des Bundeshaushalts, also etwa 50 Mrd. Euro sind nicht durch nachhaltige Einnahmen gedeckt. Das sieht bei den Ländern nicht besser aus: die Hälfte der Bundesländer, 8 von 16, konnten im letzten Jahr die Regelgrenze für die verfassungsrechtliche Neuverschuldung nicht einhalten. In diesem Jahr sieht es nicht besser aus.

Die Verschuldung aller öffentlichen Haushalte hat die Summe von 1,5 Billionen Euro mittlerweile überschritten. Die Zinsausgaben hierauf – für die heute jeder sechste Euro der Bundesausgaben aufgewendet wird – schnüren jeder Bundesregierung den Spielraum für notwendige Zukunftsinvestitionen ein.

Damit verbunden ist ein weiteres eklatantes Problem, das sich seit Jahrzehnten aufgebaut hat: die Verkarstung der Ausgabenseite des Bundeshaushalts.

Entgegen vielerlei Einwendungen und trotz der 4 Prozent des BIP, die wir Jahr für Jahr für die Vollendung der Deutschen Einheit gerne leisten, haben wir auf der Ausgabenseite kein Niveauproblem, sondern ein Strukturproblem: Allein der Anteil der Sozialausgaben am Bundeshaushalt ist seit Beginn der 90er Jahre von einem Drittel auf heute über die Hälfte gewachsen. Zusammen mit den Zinsen, den Personalausgaben und der Arbeitsmarktpolitik sind damit fast drei Viertel der Bundesausgaben festgelegt, während die Investitionen geringer sind als die Zinsen.

Dabei sind es genau diese Investitionen die maßgeblich über die Höhe unseres zukünftigen Wohlstands entscheiden.

Ich kann nicht zuviel versprechen: der Prozess des Umsteuerns bei der Ausgabenstruktur kann nicht abrupt erfolgen. Alleine schon wegen der volkswirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen, die unvermeidbar wären, wenn man aus den großen feststehenden Ausgabeblöcken des Bundeshaushalts mal eben 10, 15 oder 20 Mrd. Euro herauschnei-

den wollte. Abrupte Einschnitte, schnittige Paradigmenwechsel, brachiale Politikwechsel – das rufe ich allen Anhängern großer Entwürfe zu – die führen in unserer hoch komplexen Gesellschaft zu Verwerfungen und zu sozialen Asymmetrien, die nicht zu verantworten sind. Sie desintegrieren unsere Gesellschaft und verstärken Fliehkräfte, die unsere soziale Stabilität gefährden.

Das lernen einige erst, wenn sie Bilder aus Paris und seinen Vororten sehen.

Wer mal so eben eine Milliardenkürzung des Bundeszuschusses zur Rentenkasse fordert, muss wissen, was Rentenkürzungen von 5 % aufwärts insbesondere für die 50 % Rentner bedeutet, die allein auf die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung angewiesen sind.

Unsere 80 Mio. Gesellschaft ist ja keine Labor, wo man ordnungs- und sozialpolitisch riskante Versuche ausprobieren kann und man sollte die Menschen für den Effekt eines Interviews auch nicht hinter das Licht führen. Wer wie Sie, Herr Westerwelle, in einem Interview mit dem ZDF-Heute-Journal (28.2.2006) behauptet, es ließen sich in den nächsten Jahren Milliardenbeträge bei der Steinkohle einsparen, ohne jeden Hinweis darauf, dass es bis 2008 rechtskräftige Bewilligungsbescheide als Rechtsansprüche gibt – der verbalisiert das Publikum. Günstigenfalls.

Ich will umgekehrt nicht missverstanden werden:

Strukturreformen und das Umsteuern in der Struktur des Haushalts sind notwendig, sie sind die Voraussetzung für unseren künftigen Wohlstand. Und ich halte der Frage für mehr als zulässig, ob die bloße Alimentation in der Bedürftigkeit nicht in zu vielen Fällen zu einer Verfestigung derselben geführt hat. Ob der Anreiz unserer Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zu eigenen Anstrengungen ausgeprägt genug ist.

Ich scheue mich auch nicht, die weitere Frage für politisch korrekt zu halten, ob der kostenfreie Zugang zu Infrastruktureinrichtungen und kommunalen wie staatlichen Leistungsangeboten wirkungsvoller und zielgenauer sein kann als individuelle Transferzahlungen oder Steuervergünstigungen.

Es ist für die Zukunft jedenfalls überlegenswert – unter Beachtung aller ins Gewicht fallender Faktoren.

Wichtig ist bei allen notwendigen Veränderungen, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft nicht zu gefährden. Wir wollen die Menschen mitnehmen. Deswegen wird die Große Koalition einen verlässlichen Kurs steuern und den Menschen immer wieder erklären müssen, warum sie gegebenenfalls heute auf etwas verzichten sollen, damit es ihnen und ihren Kindern morgen wieder besser geht.

Wachstumsorientierte Finanzpolitik - Finanzpolitik der doppelten Tonlage

Anrede,

Wir schulden unseren Kindern und Enkeln jede Anstrengung, für tragfähige, solide und verlässliche öffentliche Finanzen. Wir wissen doch, dass sich der demographische Wandel gerade einstellt. Wir wissen, was auf unsere Kinder und Enkel zukommt.

Wie sollten wir ihnen in 10 oder 20 Jahren erklären, dass wir im Jahr 2006 dies alles zwar wussten, es uns aber egal war. Oder dass wir nicht die Kraft hatten, die Wünsche der gegenwärtig in der Verantwortung stehenden Generationen gegen die berechtigten Interessen der zukünftigen Generationen abzuwägen. Ich könnte das nicht erklären.

Deswegen müssen wir heute unsere Ansprüche an den Staat zurückstellen und gleichzeitig für mehr Wachstum und Beschäftigung sorgen. Langfristig tragfähige Finanzen werden wir nur erreichen, wenn uns beides gelingt: strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die Weichen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu stellen.

Wenn uns die finanzpolitischen Erfahrungen der vergangenen Jahre eines gezeigt haben, dann, dass ein moderater Ausgabekurs alleine nicht ausreicht, um unsere Haushaltsprobleme in den Griff zu kriegen:

Trotz der konjunkturbedingt stark gestiegenen Arbeitsmarkt- und Sozialausgaben sind die Bundesaussgaben zwischen 1999 und 2005 nominal gerade einmal durchschnittlich um 0,9% pro Jahr gewachsen!

Das ist deutlich weniger als die Volkswirtschaft insgesamt gewachsen ist [durchschnittlich 1,3 % pro Jahr]. Deswegen ist der Anteil der Bundesaussgaben am BIP trotz der höheren Ausgaben für Arbeitsmarkt und Soziales von 12,3% auf 11,6% zurückgegangen. Hieran erkennt man die enorme Sparleistung, für die ganz wesentlich mein Vorgänger stand!

Trotzdem oder gerade deswegen haben die letzten Jahre auch gezeigt, dass wir uns nicht allein aus den Defiziten herausparen können. Vielmehr brauchen wir mehr Wachstum für das Gelingen der Konsolidierung. Anders ausgedrückt: Es gibt keine nachhaltige Konsolidierung ohne Wachstum; es gibt aber auch kein nachhaltiges Wachstum ohne solide Staatsfinanzen. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben.

Deswegen verfolgt die Große Koalition eine Finanzpolitik der doppelten Tonlage: Wir bringen die Konsolidierung genauso voran wie wir durch gezielte Impulse bereits in diesem Jahr anlaufend Weichen für mehr Wachstum und Beschäftigung stellen. Gleichzeitig werden wir die sozialen Sicherungssysteme robuster auf die Veränderungen der Arbeitswelt und dem demographischen Wandel einstellen müssen.

Einführung von Mindestlöhnen Willy-Brandt-Haus-Info

Der SPD-Parteivorstand hat zu den Ergebnissen der Abstimmung im Europäischen Parlament über die EU-Dienstleistungsrichtlinie und die anstehende Diskussion über die Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland auf seiner Sitzung am 20. Februar folgenden Beschluss gefasst:

„Die SPD begrüßt das Ergebnis der Abstimmung im Europäischen Parlament über die EU-Dienstleistungsrichtlinie. Die Mehrheit der Europaabgeordneten hat ihre Verantwortung für den Erhalt des Europäischen Sozialmodells wahrgenommen und hat sich bei ihrer Entscheidung an zentralen Forderungen von deutscher und europäischer Sozialdemokratie sowie der Gewerkschaften orientiert.

Dass dieses gute Ergebnis erzielt werden konnte, ist nicht zuletzt ein Erfolg des monatelangen Einsatzes von SPD und Gewerkschaften in Deutschland und Europa.

Nun wird es darum gehen, dass der gefundene Kompromiss im weiteren Gesetzgebungsverfahren auf europäischer Ebene nicht mehr in Frage gestellt wird. Deshalb fordern wir alle beteiligten Akteure auf nationaler und europäischer Ebene dazu auf, die ausgewogene Entscheidung des Europäischen Parlaments zu übernehmen. Sie stellt sicher, dass die Chancen zur Schaffung von Wachstum und Beschäftigung durch die Öffnung des Dienstleistungsmarktes genutzt werden können und zugleich den berechtigten Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Rechnung getragen wird.

Im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Dienstleistungsrichtlinie werden wir die Debatte um die Einführung von Mindestlöhnen vorantreiben. Es gilt auch Regelungen zu finden, die eine Mindestabsicherung gegen Billiglohnkonkurrenz in den Bereichen ermöglicht, die keiner tarifvertraglichen Regelung unterliegen.

Heute arbeiten bereits rund 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte in Deutschland für Armutslöhne, die weniger als 50 Prozent des Durchschnittslohnes betragen. Die Tarifbindung im Niedriglohnsektor nimmt weiter ab. In Westdeutschland werden derzeit noch 70 Prozent der Beschäftigten durch Flächen- oder Firmentarifverträge erfasst, in Ostdeutschland sind es nur noch 55 Prozent. Im Dienstleistungssektor liegt die Tarifbindung noch wesentlich darunter. Armutslöhne werden aber nicht nur bei tarifungebundenen Arbeitgebern gezahlt. Mittlerweile gibt es auch viele Tariflöhne, deren Bruttostundenlohn im Bereich von drei bis sechs Euro liegt.

Niedriglöhne verfestigen Armut in unserem Land und sind nicht nur ein Problem von Ungelernten. 60 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Neuere Forschungen belegen, dass die Aufstiegsmobilität in besser bezahlte Jobs sehr gering ist. Niedriglöhne sind kein Einstieg in eine bessere Zukunft, sondern bedeuten meist Verharren in Armut.

Armutslöhne von drei bis vier Euro sind für uns nicht akzeptabel. Wir wollen existenzsichernde Löhne. Gute Arbeit muss auch gerecht entlohnt werden. Die Einführung von Mindestabsicherungen ist also auch grundsätzlicher Natur.

Von den bisherigen 15 EU-Mitgliedsstaaten verfügen 9 Länder über einen gesetzlichen Mindestlohn, ebenso neun der zehn neuen EU-Mitgliedsländer. Die Erfahrungen der anderen europäischen Staaten zeigen, dass ein gesetzlicher Mindestlohn weder zu erheblichen Beschäftigungseinbrüchen führt, noch die Tarifautonomie beschädigt. Es ist kein Beispiel dafür bekannt, dass die tarifliche Lohngestaltung oberhalb der Mindestlöhne negativ beeinflusst worden wäre.

Schon in unserem Wahlprogramm 2005 haben wir uns dafür ausgesprochen, Maßnahmen für einen gesetzlichen Mindestlohn zu ergreifen, falls es den Tarifvertragsparteien nicht gelingt, bundeseinheitliche tarifliche Mindestlöhne in allen Branchen zu vereinbaren. Im Koalitionsvertrag ist die Prüfung der Einführung eines Kombi-Lohn-Modells festgelegt. Ziel ist, die bestehenden Fördermöglichkeiten zu bündeln und zu einem einheitlichen Förderansatz zusammenzufassen. Dies berührt auch die Themen Entsendegesetz und Mindestlohn. Eine Mindestabsicherung ist auch notwendig, um Mitnahmeeffekte auf Seiten der Unternehmen zu verhindern. Dazu stehen wir. Deshalb werden wir in den nächsten Monaten vorurteilsfrei über die Ausgestaltung von Mindestlöhnen in Deutschland diskutieren. Dabei greifen wir auf das Fachwissen in der Projektgruppe unseres Gewerkschaftsrates zum Thema „untere Einkommensgruppen“ unter Vorsitz von Andrea Nahles zurück.

Wir werden nur dann sozialen Frieden erhalten können, wenn es Arbeit gibt, von der Menschen auch leben können.“

Termine

20. April 2006

Hans-Jochen Vogel stellt sein Buch „Politik und Anstand“ vor

Veranstaltung des Wilhelm-Gefeller-Kulturvereins

Beginn: 19.30 Uhr in Bad Münden, Deisterallee 44

Wilhelm-Gefeller-Bildungszentrum

Eintrittspreis: 4,00 €

Für Schüler, Studenten, Rentner und Auszubildende gilt der ermäßigte Preis von 3,00 €.

21. April 2006

Kreiswahlkonferenz

Aufstellung der Kreiswahlliste des

Unterbezirks Hameln-Pyrmont

Beginn: 19.00 Uhr in Bad Münden,

Wilhelm-Gefeller-Bildungszentrum

27. April 2006

Lichtbildervortrag mit Kurdirektor Heinz-Hermann Blome
„Bad Pyrmont nach der Gesundheitsreform aus der Sicht
der Senioren“

Veranstaltung der AG 60 plus im Unterbezirk Hameln-
Pyrmont

Beginn: 10.00 Uhr in Bad Pyrmont, Konferenzraum des
Staatsbades Bad Pyrmont, Heiligenangerstr. 6

06. Mai 2006

Bayrischer Abend mit Ludwig Stiegler

Wie bereits in den vergangenen zwei Jahren, führen die
Unterbezirke Holzminden und Hameln-Pyrmont im Rah-
men ihrer Dialogoffensive eine gemeinsame Großveran-
staltung mit einem bundespolitischen Prominenten durch.
In diesem Jahr konnte mit Ludwig Stiegler der stellvertre-
tende Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion gewonnen
werden.

Beginn: 18.00 Uhr im Ausflugsrestaurant Mittendorf, Buch-
hagen 2, in Bodenwerder/Buchhagen

Gesonderte Einladungen werden in Kürze versendet.

Kontakte

Unterbezirksbüro

Heiliggeiststr. 2
31785 Hameln
Telefon: +49.[0]5151.1073380
Telefax: +49.[0]5151.1073394
Email: Hameln-Pyrmont@spd.de
Homepage: www.SPD-Hameln-Pyrmont.de

Abgeordneten-Büros

Heiliggeiststr. 2
31785 Hameln
Gabriele Lösekrug-Möller, MdB
Telefon: +49.[0]5151.1073399
Telefax: +49.[0]5151.407486
Email:
Gabriele.Loeseckrug-Moeller@wk.bundestag.de
Volker Brockmann, MdL
Telefon: +49.[0]5151.1073397
Telefax: +49.[0]5151.1073395
Email: v.brockmann@web.de

Kreistagsfraktion

Heiliggeiststr. 2
31785 Hameln
Ulrich Watermann,
Fraktionsvorsitzender
Telefon: +49.[0]5151.1073385
Telefax: +49.[0]5151.1073394
Email: SPD-Kreistag-HM-PY@t-online.de